

Ergänzende Vertragsbedingungen

Inhaltsverzeichnis:

1. Vertragsbestandteile
2. Änderung der Vergütung
3. Mehr- und Minderleistungen
4. Verpackung
5. Ausführung der Leistungen
6. Sprache
7. Unterauftragnehmer (Nachunternehmer)
8. Abnahme
9. Gewährleistung und Verjährung
10. Rechnung
11. Bezahlung, Abtretung
12. Vertragsänderungen
13. Gerichtsstand

Hinweis: Die in Klammern dargestellten Paragraphen beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

1. Vertragsbestandteile (§ 1)

1.1 Art und Umfang der Lieferungen und Leistungen

Nr. 1) Art und Umfang der beiderseitigen Leistungen werden durch den Vertrag bestimmt.

Nr. 2) Bei Widersprüchen im Vertrag gelten nacheinander:

- a) Die Leistungsbeschreibung mit Vorrang gegenüber Plänen und Zeichnungen
- b) Besondere Vertragsbedingungen
- c) etwaige Ergänzende Vertragsbestimmungen
- d) etwaige Zusätzliche Vertragsbedingungen
- e) etwaige allgemeine Technische Vertragsbedingungen
- f) die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)

1.2 Anderslautende Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen der Auftragnehmerin oder des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil des Vertrags. Änderungen bzw. abweichende Vereinbarungen bedürfen grundsätzlich der Schriftform und erhalten nur durch schriftliche Bestätigung des Auftraggebers ihre Gültigkeit.

1.3 Sollte eine Vertragsbestimmung unwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen davon unberührt.

2. Änderung der Vergütung (§ 2 Nr. 3)

Beansprucht die Auftragnehmerin oder der Auftragnehmer gemäß § 2 Nr. 3 VOL/B eine erhöhte Vergütung, ist dies dem Auftraggeber unverzüglich, möglichst vor Ausführung der Leistung und unter Darlegung der Höhe, anzuzeigen. Die durch die Leistungsänderung verursachten Mehr- oder Minderkosten sind auf Verlangen nachzuweisen.

3. Mehr- und Minderleistungen (§ 2)

Für marktgängige, serienmäßige Erzeugnisse gilt auf Basis der vertraglich festgelegten Mengen wie folgt:
Mehrleistungen bis zu 10 % der vereinbarten Mengen sind zu den vertraglich festgelegten Einheitspreisen auszuführen.
Mengenminderungen bis zu 10 % führen nicht zu einem Anspruch einer Anpassung der Einheitspreise.
Neue Ausführungsfristen sind auf Verlangen zu vereinbaren.

4. Verpackung

Die Auftragnehmerin oder der Auftragnehmer hat Verpackungen aus umweltverträglichen Materialien herzustellen, die eine stoffliche Verwertung nicht beeinträchtigen. Verpackungsabfälle sind zu vermeiden, indem Verpackungen hinsichtlich Volumen und Gewicht auf das zum Schutz des Füllguts erforderliche Maß begrenzt werden. Verpackungen sind, soweit technisch möglich, wirtschaftlich zumutbar und mit den einschlägigen Vorschriften vereinbar, wiederverwendbar auszuführen; andernfalls sind sie stofflich zu verwerten.

Sofern vertraglich vorgesehen, sind gebrauchte Verpackungen zurückzunehmen und einer erneuten Verwendung oder stofflichen Verwertung außerhalb der öffentlichen Abfallentsorgung zuzuführen.

Die Auftragnehmerin oder der Auftragnehmer gewährleistet die ordnungsgemäße und umweltgerechte Entsorgung.

Verzichtet der Auftraggeber auf die Rücknahme, gehen die Verpackungen – sofern nichts anderes vereinbart ist – entschädigungslos in dessen Eigentum über. Bei Lieferung in gemieteten Behältern besteht kein Anspruch auf gesonderte Vergütung der Mietkosten.

5. Ausführung der Leistungen (§ 4)

5.1 Die Lieferung der Waren hat in der angebotenen Ausführung zu erfolgen und muss den anerkannten Regeln der Technik entsprechen. Maßgeblich sind insbesondere die gesetzlichen Vorschriften, behördlichen Bestimmungen sowie die in der Vergabeverordnung (VgV) genannten technischen Anforderungen.

Die Auftragnehmerin oder der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber sämtliche für die Prüfung der Einhaltung der anerkannten Regeln der Technik sowie der vorstehenden Anforderungen erforderlichen Unterlagen (z. B. Schaltpläne, Funktionsbeschreibungen) in deutscher Sprache zur Verfügung.

Ergibt die Überprüfung, dass die genannten Anforderungen nicht erfüllt sind, trägt die Auftragnehmerin oder der Auftragnehmer die Kosten der Prüfung und stellt den ordnungsgemäßen Zustand der Geräte und Anlagen unverzüglich auf eigene Kosten her.

Befindet sich die Auftragnehmerin oder der Auftragnehmer mit der Mängelbeseitigung im Verzug, ist der Auftraggeber berechtigt, den Mangel selbst zu beseitigen und Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen zu verlangen. Gesetzliche Gewährleistungsansprüche bleiben unberührt.

5.2 Beschreibungen, Zeichnungen oder Muster, die der Auftragnehmerin oder dem Auftragnehmer überlassen wurden, bleiben Eigentum des Auftraggebers und sind nach Auftragsausführung kostenfrei zurückzugeben.

5.3 Betriebs-, Bedienungs- und Gebrauchsanweisungen sowie vergleichbare Unterlagen sind der Leistung auch ohne besondere Vereinbarung beizufügen.

5.4 Die Ausführungsfrist beträgt 60 Tage (ab Auftragsvergabe).

6. Sprache

Sämtliche schriftlichen Erklärungen der Auftragnehmerin oder des Auftragnehmers sind in deutscher Sprache abzufassen. Fremdsprachige Unterlagen Dritter sind mit einer deutschen Übersetzung einzureichen. Übersetzungen behördlicher Bescheinigungen müssen konsularisch beglaubigt sein.

7. Unterauftragnehmer (Nachunternehmer) (§4 Nr. 4)

7.1 Die Auftragnehmerin oder der Auftragnehmer darf Leistungen nur an solche Unterauftragnehmer vergeben, die die gewerbe- und handwerksrechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der beauftragten Leistungen erfüllen.

Bei der Vergabe von Unteraufträgen sind kleine und mittlere Unternehmen in dem Umfang zu berücksichtigen, wie dies mit der ordnungsgemäßen Vertragserfüllung vereinbar ist. Unterauftragnehmer sind bereits bei der Angebotsanforderung darüber zu informieren, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt. Die Auftragnehmerin oder der Auftragnehmer hat bei der Beauftragung von Unterauftragnehmern die Regelungen der UVgO (Ausgabe 2017) zugrunde zu legen und die VOL/B zum Vertragsbestandteil zu machen. Dem Unterauftragnehmer dürfen insbesondere hinsichtlich Zahlungsbedingungen, Gewährleistung und Vertragsstrafen keine ungünstigeren Bedingungen auferlegt werden, als sie zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer vereinbart sind.

7.2 Vor der beabsichtigten Übertragung von Leistungen sind dem Auftraggeber Art und Umfang der Leistungen sowie Name, Anschrift und zuständige Berufsgenossenschaft einschließlich der Mitgliedsnummer des vorgesehenen Unterauftragnehmers schriftlich mitzuteilen. Sollen Leistungen übertragen werden, für deren Ausführung der Betrieb der Auftragnehmerin oder des Auftragnehmers selbst eingerichtet ist, ist

8. Abnahme

8.1 Leistungs- und Erfüllungsort ist, sofern nichts anderes vereinbart, der Sitz des Auftraggebers.

8.2 Die Liefergegenstände sind – sofern nichts Abweichendes vereinbart ist – auf Gefahr der Auftragnehmerin oder des Auftragnehmers frei Verwendungsstelle zu liefern.

8.3 Teilleistungen sind nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

8.4 Liefertermine sind rechtzeitig mit dem Auftraggeber abzustimmen. Die Gefahr des zufälligen Untergangs oder der zufälligen Verschlechterung geht erst mit der Abnahme der Leistung durch die zuständige Empfangsstelle auf den Auftraggeber über. Ist eine Abnahme weder gesetzlich vorgesehen noch vertraglich vereinbart, erfolgt der Gefahrübergang mit der unbeanstandeten Annahme der Lieferung.

9. Gewährleistung und Verjährung

Die Verjährungsfrist für Gewährleistungsansprüche beginnt mit der unbeanstandeten Abnahme der Leistung oder – sofern keine Abnahme gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart ist – mit der unbeanstandeten Annahme der Lieferung.

10 Rechnung (§ 15)

10.1 Rechnungen sind auf die Adresse des Auftraggebers auszustellen.

10.2 Bei Teilrechnungen im Zusammenhang mit Teillieferungen sind die gelieferten sowie die noch ausstehenden Mengen eindeutig auszuweisen. Die letzte Teilrechnung ist ausdrücklich als Schlussrechnung zu kennzeichnen.

10.3 Ein Anspruch auf Zahlung besteht nur, wenn der Rechnung prüffähige Nachweise über die erbrachte Lieferung oder Leistung beigelegt sind, in der Regel in Form quittierter Lieferscheine oder Leistungsnachweise.

11. Bezahlung, Abtretung (§ 17)

11.1 Die Zahlung erfolgt nach vollständiger Leistungserbringung, sofern nichts anderes vereinbart ist, nach Wahl des Auftraggebers entweder innerhalb von 14 Tagen unter Abzug eines vereinbarten Skontos oder innerhalb von 30 Tagen ohne Abzug.

11.2 Die Zahlungs- und Skontofrist beginnt mit dem Eingang der prüffähigen Rechnung bei der ausschreibenden Stelle, frühestens jedoch mit dem Zeitpunkt des Gefahrübergangs gemäß Nummer 8.4 dieser Vertragsbedingungen.

11.3 Die Zahlung gilt mit dem Zugang des Überweisungsauftrags beim Kreditinstitut des Auftraggebers als erfolgt.

11.4 Eine Abtretung von Forderungen der Auftragnehmerin oder des Auftragnehmers ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers wirksam.

12. Vertragsänderungen

Änderungen oder Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

13. Gerichtsstand (§ 19)

Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist ausschließlich der Sitz des Auftraggebers.